

Versteht täglich
mittags mit Rücksicht
auf den Sonntag
und Feiertage.
Abonnementpreis
monatlich 30 J., 1/2 Jahr 1.00 J.,
vierteljährlich 5.00 J., halbjährlich 10.00 J.
„Die Neue Welt“
Abonnementpreis
monatlich 10 J., 1/2 Jahr 30 J.,
vierteljährlich 5.00 J., halbjährlich 10.00 J.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Beig,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Verlag: H. G. Schmidt, Halle a. S., Poststraße 21, erster Hof parterre rechts.
Telefon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geißeckstraße 21, erster Hof parterre rechts.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale. Telefon-Nr. 1047.

Nr. 275 Halle a. S., Donnerstag, den 24. November 1898. 9. Jahrg.

Tagesgeschichte.

Die Einberufung des Reichstags ist auch gestern noch nicht durch den Reichsanzeiger bekanntgegeben worden. Dem Kaiser soll die Kabinettsordre nach Maila zur Unterschift nachgeschickt worden sein. Als Termine für die Eröffnung des Reichstags werden der 29. oder 30. November und der 1. Dezember genannt. Das Kaiserpaar bleibt bis Freitag in Baden-Baden und kommt am Sonnabend in Berlin an, so daß die Eröffnung des Reichstags am Dienstag, den 29. November, immerhin noch möglich wäre.

Die **Postbesitzer-Vorfälle** werden sich dem Reichstage vermutlich gleich bei seinem Aufsammentritt präsentieren. Das Schicksal daraus ist die Erhöhung der Besoldung für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm, eine Reform, die um so dringlicher geworden ist, als bereits im vorigen Jahre der Postbesitzer das Höchstmaß für einfache Briefe im Postpostamt auf 20 Gramm heraufgesetzt hat. Endlich soll die seit langem angefündigte Erhebung des Postzinsstufens erfolgen. Bisher wurden die Postgebühren für die Zeitungsbeförderung nach Prozentsatz des Abonnementpreises bemessen. Jetzt soll das Gewicht und die Häufigkeit des Gesandenen einer Zeitung mit in Berechnung gezogen werden. Wäre es nicht bekannt. Den Privatposten soll es nunmehr befohlen zu sein, den Briefen einen Postwert aufzutragen, der dem Gewicht des Briefes entspricht. Der Postwert soll auf 5 Pf. bemessen werden. Die Reichspost würde damit immer noch um 2 Pf. teurer sein, als die jetzigen Privatposten, und es ist nicht einzusehen, wie diese Mehrbelastung des Briefes zu begründen wäre. Die Inhaber der Privatposten sollen entschädigt werden, von einer Entschädigung oder Weiterverwendung der Beamten und Arbeiter im Reichspostdienste verlannt nichts. Hier wird die sozialdemokratische Kritik in erster Linie einlefen.

Für eine **gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit** besteht, wie die Schölk. Ztg. versichern zu können glaubt, keine Aussicht; die Regierung werde nur in eine Fortdauer des Probejahres willigen und dieses wahrscheinlich auf abermals fünf Jahre abmessen. Die Weibenden, die 1898 gegen die zweijährige Dienstzeit geltend gemacht worden, seien auch heute zum großen Teil noch nicht widerlegt. Wohl habe die äußere Haltung des Militärs gegen früher nicht gelitten; wohl haben nach dem Zeugnis des obersten Kriegesherren beim letzten Kaisermandöver die Truppen daselbe geleistet wie unter seinen Vorfahren; aber es ist dabei zu bedenken, daß bis jetzt nur die Weibenden, bei denen das im altinen Dienst Gelesene noch nicht vergessen war, zu Uebungen herangezogen worden sind, nicht aber die aus der zweijährigen Dienstzeit hervorgegangenen Landwehr, welche diesen Nachweis erst wird erbringen müssen.

Wir verstehen es, daß sich unsere Militärs danach sehnen, die Söhne des Volkes wieder drei Jahre zuziehen zu können. Es wird ihnen aber nicht gelingen, die zweijährige Dienstzeit wieder zu befehlen!

Wahlstatistische Zusammenhänge. Der Vorwärts schreibt: Die reaktionären Blätter konservativer und liberaler Richtung gefallen sich fortgesetzt darin, auf Grund der Berechnungen in der wechsfach genannten wahlstatistischen Broschüre von Dr. Adolf Reumann, Hofers hervorzuheben, daß nur in zwei Wahlkreisen die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten ausgemacht habe, und knüpfen daran die alberne Folgerung, daß es möglich gewesen wäre, den Sozialdemokraten alle Mandate bis auf zwei zu entreißen. Ja, manche versichern sich sogar zu der Behauptung, daß die übrigen 54 Sozialdemokraten eigentlich zu Unrecht im Reichstage sitzen, in dem sie es, ohne die Spur eines Beweises zu versuchen, als selbstverständlich hinstellen, daß alle Wähler, die ihre Stimme nicht abgegeben haben, Gegner der Sozialdemokratie sind. Das ist, wie mehrfach ausgeführt, ganz zweifellos falsch.

Wie dem aber auch sei, geradezu schamlos ist es von diesen Heulen, angefaßt der vorliegenden Wahlresultate bei ihren Lesern den Glauben erwecken zu wollen, daß die Sozialdemokratie ungeschwermelie verhältnismäßig zu stark im Reichstage vertreten sei. In derselben Quelle, die eben angeführt ist, können die Herrschaften nachlesen, daß die sozialdemokratischen Stimmen viel größer ist als bei der beiden konservativen Parteien mit ihren sämtlichen Kandidaten und Kandidatinnen, Landwirte und Bauernkandidaten zusammengenommen, und daß auch alle vier liberalen Parteien noch lange nicht an die Sozialdemokraten herankommen. Sie können bei fernem lesen, daß der Sozialdemokratie nach ihrer Stimmenzahl eine Reichstags Vertretung von 108 Mandaten gebührt, daß also 52 Mandate, die eigentlich den Sozialdemokraten gebühren, zu Unrecht von anderen Parteien, und zwar namentlich von den Konservativen und dem Zentrum besetzt sind, namentlich insoweit der jammervollen Wahlkreis Weimar, die einem hinterponnerischen Land-

arbeiter ein fünfzehnfach größeres Wahlrecht giebt, als einem Berliner Industriearbeiter. Führt das gefälligt Euren Verrern auch vor, ihr Herren!

Der Ausweisungspolitik neuerer Art. Die dem Genossen Schulz in Erturt angebrochte Ausweisung hat der borige Regierungspräsident einem weimarischen Staatsbürger gegenüber zur Ausführung gebracht. Der Dekorationsmaler Jäger ist, wie dem Vorwärts aus Erturt telegraphiert wird, angewiesen worden, das preussische Staatsgebiet bis zum 24. d. M. zu verlassen und sich geandertwegg bei Götting nach Weisach zu begeben, wo seine Eltern wohnen. Er darf von der angegebenen Reiseroute nicht abweichen. In der Ausweisungsbefehl wird Jäger als „eine lästige und die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdende Persönlichkeit“ bezeichnet. Angegeben wird, Jäger sei wegen Betrugs mit 3 Tagen, wegen Widerstandes, Gefangenensetzung, groben Unfug mit 7 Tagen Gefängnis verurteilt. Ferner sei er in der gewerkschaftlichen Bewegung verberühmt thätig.

Der letzte Satz erklärt das Vorgehen des Erturter Regierungspräsidenten. Es liegt System darin. Man will den Bestimmungen des Gesetzes von 1842, die der Gesetzgeber ausdrücklich nur gegen schlechte Elemente der Gesellschaft angewandt wissen wollte, eine Deutung geben, die es gestattet, sie auf mißliebige politisch Personen anzuwenden. Das Gesetz von 1842 bestimmt ausdrücklich, daß ein Reichsangehöriger aus einem Bundesstaate nur dann ausgewiesen werden kann, wenn er „zu Unrecht nach dem eigenen Verbrechen, wodurch der Thäter sich als einen für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlichen Menschen darstellt“, verurteilt worden ist.

Mit dieser Gesetzesbestimmung hofft man ein neues Mittel gefunden zu haben, um die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung weiter schädigen und vernichten zu können. Man täuscht sich aber. Wenn etwas geeignet ist, die Arbeiter der Organisation zuzuführen, so an dieselbe zu stellen, dann sind es derartige Polizeihandlungen.

Es wird fortgesetzt! Aus Bad Reiburg berichtet ein Anararierblatt: Ein Pfistolenball zückte dem hiesigen Oberförster und dem hiesigen Altkirchensatz Dr. Kuntz hat bier Tage im Schäumergewölbe im Forstorte Heelort stattgefunden. Die Regel des Oberförsters replizierte den Pfistolenball des Gewehrs und jagte dem Arzte am Dammen der rechten Hand eine Verletzung zu.

Der Zeitungsgraf Goebbels, ein früherer Jesuit und nachmaliger Ratholischer Pfarrer, der auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Vermittelung durch ein Bureau zu einer reichen Frau zu kommen suchte und als er bier erhalten, dem Vermittler die Gebühren nicht zahlen wollte, ist nun auch aus dem evangelischen Bunde ausgeschlossen. Der Vorstand desselben erklärt ihm in einem stillen Briefe seinen Abbruch über diesen Schritt, in welchem er sagt, daß „dieser Schmerz der letzte Tropfen des bittren Kelchs ist, den wir für Sie und mit Ihnen getrunken haben“. So gar der Kreiszeitung ergeht das zu viel.

Wegen Raubverleumdung wurde Genosse Schaaf in Solingen gestern zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verleumdung soll in einer Rede gegen die Justizhausvorlage begangen worden sein.

Landes.

Oesterreich. Im Abgeordnetenhaus kommt es fast täglich zu heftigen Szenen. Am Dienstag bezugworte der sozialdemokratische Abgeordnete Daszypski den Altkanzler gegen das Ministerium wegen Verhängung des Ausnahmestandes in Galizien unter Ignoranz der Regierung, eine einzelne Beamte und den Polen Cui. Ministerpräsident Graf Tarnow versuchte die Angriffe zurückzuweisen und die Wagnahme als berechtigt hinzustellen, doch mißlang dieser Versuch.

Frankreich. Biquart ist am Dienstag noch nicht freigelassen worden. Er wurde zur Vernehmung in der Revisionverhandlung vor den Kassationshof geladen, da aber das Verhör anderer Jungen den Dienstag voll in Anspruch nahm, wurde Biquart nach drei Stunden ins Militärgefängnis zurückgebracht. Sein Anwalt Labori hatte ihn vormittags im Gefängnis besucht. Für den heutigen Mittwoch ist Biquart wiederum vorgeladen worden. — Die Altkanzler für Dreyfus mit dem Restvoll über die Verhandlungen des Kassationshofes werden Mitte Dezember auf der Teufelsinsel einstreifen. — Mehrere Offiziere, die im Verdachte stehen, sich durch die Flucht einer Untersuchung entziehen zu wollen, werden auf Befehl überwacht. Zu ihnen gehört Patz de Glas.

Das Paris wird der Londoner Sir James Gog. mitgeteilt, daß geheime Altkanzler, daß den Offizieren des Kriegesgerichts gezeigt wurde und die Beurteilung Dreyfus' hauptsächlich herbeiführte, sei ein Brief des russischen Militärattachés in Paris, General Frederitz, aus Berlin an den französischen Militärattaché gewesen, belegend, daß ein Berater im Pariser Nachrichtenbureau sei, der für den Verkauf von Geheimnissen an den deutschen Generalstab verantwortlich sei. Der Berater sei ein gewisser Dreyfus, Hauptmann der Artillerie. Später habe Frederitz ermittelt, daß er arg getäuscht worden sei. Frau Dreyfus habe einen Brief des General's worin er seinen Irrtum bekanntlich erwiderte.

Frankreich. Deutschland macht Schule. Der russische Schriftsteller Michail Goldberg und der jüngst aus der Schweiz ausgewiesene Buchdrucker Gernant sind aus Frankreich ausgewiesen worden. Sie sollen Beziehungen zu ausländischen Revolutionären unterhalten hat.

England. Die große konservative Partei, die gegenwärtig eine Teilung die Mehrheit im Parlament hat, handelt mit Tadel. Ein in London stattgehabter Prozeß forderte die merkwürdige Thatsache zu Tage, daß ein gewisser Hookey dem Abgeordneten Sir William Warston einen Check von 50000 Pfund Sterling (1 Million Mark) übergeben, worin ihm die durch Vermittelung des Hauptagenten der konservativen Partei, Richard Widdleton, zum Jubiläum der Königin Viktoria den Baronetstitel verschaffen sollte. Herr Hookey setzte auch bereits auf seine Einlagekarten: „Sir Ernst Hookey and Lady Hookey“. Das Geschäft kam aber nicht zu stande und nach drei Monaten wurde Herrn Hookey der Check wieder zurückgestellt. Das Vorcommissio ruf natürlich große Seniation hervor und die Liberalen lassen es sich nicht entgehen, ihren verhassten Gegnern so viel als möglich an Feuge zu fischen. Der rabulische Politiker Labouchere weist nun aber nach, daß die liberale Partei genau denselben Titelstücker treibe und getrieben hat.

Amerika. Bei den Verhandlungen der Friedenskommission in Paris erklärten am Montag die Kommissare Amerikas, daß sie unbedingt an der Oberhoheit der Vereinigten Staaten über die Philippinen festhalten wollten. Spanien solle dafür mit 20 Millionen Dollars entschädigt werden. Die spanische Kommission konnte darauf nicht eingehen.

Politikales und Gerichtliches.

Nach zweitägigem Aufenthalt im Gefängnis zu 30 bis 40 auf Montag Genosse Gsch in Berlin der deutschen Freiheit übergeben worden. Er wurde im Herbst 1896 wegen Verurteilung eines Flugblattes, das nach Ansicht der Richter neben anderen Dikteln auch eine Verleumdung enthielt, zu der außerordentlich hohen Strafe verurteilt. Abgeurteilt wurde er von dem schmerzlichen Folgen des langer Gefängnislebens sich bald erholten und seinen bauenden Seelen an seiner Gesundheit erholen.

Wegen Beamtenbeleidigung ist Genosse Grempe in Berlin angeklagt worden. Er soll einen Beamten in einer Postanstalt beleidigt haben, indem er behauptete, daß der Beamte ein uneheliches Kind gezeugt habe. Der Beamte ist in Folge dessen entlassen worden. Der Angeklagte ist nun mit einem Rechtsanwalt verhandelt und hat die Anklage bestritten.

Drei Mitglieder des Streikkomitees der Hiesigen Arbeiter hatten das Verbrechen begangen, sich an eine Bank vor dem Bahnhof zu stellen, um dort anwesenden fremden Arbeitern über den Streik Aufklärung zu geben. Sie erhielten ein Strafmandat in Höhe von 6 Mk., wegen der richterlichen Entscheidung bestritten. Vor dem Schöffengericht entzogen die Angeklagten Freisprechung.

Verstärkungen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Darmstadt sind die Kandidaten unserer Partei mit wenigen Stimmen unterlegen. Der Stimmenzuzuwachs beträgt 40 Prozent.

In Elmshorn war im vorigen Jahre, nachdem unsere Partei genossen bei der Stadtverordnetenwahl drei neue Sitze erobert hatten, der Wahlsieger von 600 Mk. auf 1050 Mk. erhöht worden. Diesen Umstände ist es anzuschreiben, daß bei der Stadtverordnetenwahl am 18. November d. J. die bürgerlichen Parteien den Sieg davontrugen. Ihre beiden Kandidaten erzielten 380 und 387 Stimmen, die sozialdemokratischen Kandidaten blieben mit 247 und 265 Stimmen in der Minorität. Unter dem früheren Wahlsieger wurden für — die dem Vorwärts geschickten vier — mindestens 800 Stimmen erhalten haben. Der „Freiheit“, der im vorigen Jahre gegen die Erhöhung des Wahlsiegens agitiert hatte, warf das Gewicht seiner Stimmen für Berlin in die Waagschale, die seiner Zeit für die Erhöhung des Wahlsiegens bekannt waren.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Elmshorn, Walsleben und Westfalen sind unsere Parteigenossen unterlegen.

Gewerkschaftliches.

Die Arbeiter der Firma Alphonse Ludwig u. Co. und Richard Ludwig in Berlin sind in Ausstand getreten. Ueber 200 Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Sultan Bauingenieur u. Co. in Berlin sind ebenfalls in Ausstand getreten. Der Zimmererstreik in Jena wird beendet. Die Streikenden sind unterlegen, da der Jüngling aus auswärts zu kurz war. Zur Gewerkschaftsbewegung. Wie dem Vorwärts aus Elmshorn mitgeteilt wird, hat bei der Gewerkschaftlichen Wahl am 18. November die Liste der freien Opposition gestiftet. Die Wahl-

Deliktisch. Am 20. November trat in Fröbe's Hofhaus eine sehr gut besuchte Kollektorenversammlung, Besondere Redebeiträge...

Der Antrag wird angenommen. Die Delegierten werden verpflichtet, die Adresse des W. Stabes der Jüdische, die sie vertreten...

Wünschlichen Geberden weizen, breien und wenden sie sich. Ihre Arme gegen die Willkür...

Heinere Provinzial-Nachrichten. Im Ostteil von Rostenburg in Westpreußen entstand im Sanden ein Feuer...

Der Antrag wird angenommen. Die Delegierten werden verpflichtet, die Adresse des W. Stabes der Jüdische...

Ans dem Reichs. Berliner Missetat. Die beiden Söhne des über die Grenzen von Berlin bekannten...

Gerichtssaal. Schwurgericht. Halle, 22. November. Das Zivilsenatverbrechen, welches am Morgen des 20. d. d. 3/4...

Der Antrag wird angenommen. Die Delegierten werden verpflichtet, die Adresse des W. Stabes der Jüdische...

Ständesamtliche Nachrichten. Halle, 22. November. Aufgehoben: Der öffentliche Friedhof mit Anna Günther (Geburtsjahr 21...

Zweiter Verbandstag des Zentral-Verbandes der deutschen Suttacuten, Gypser und verw. Berufe. 2. Verhandlungstag. (Schluß über die Sitzung Dienstag vormittag.)

Der Antrag wird angenommen. Die Delegierten werden verpflichtet, die Adresse des W. Stabes der Jüdische...

Ständesamtliche Nachrichten. Halle, 22. November. Aufgehoben: Der öffentliche Friedhof mit Anna Günther (Geburtsjahr 21...

Der Antrag wird angenommen. Die Delegierten werden verpflichtet, die Adresse des W. Stabes der Jüdische...

Der Antrag wird angenommen. Die Delegierten werden verpflichtet, die Adresse des W. Stabes der Jüdische...

Die Firma empfiehlt für H. Elkan Braut-Ausstattungen fertige Betten, Bettgeschäbe, Bettdecken, Kissen, Polster, Bettdecken, Teppiche, Gardinen etc. etc. C. F. Ritter, Halle a. S., Reibartzstraße 90.

Reduktem Preis des Buchstoffs Brunner & Benkenberg, Gr. Ulrichstrasse 23.

